

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 KiTa-Ausbau in einer wachsenden Stadt

Zurzeit fehlen stadtweit mehrere hundert Plätze in der Kindertagesbetreuung. Auch in den sozial benachteiligten Stadtteilen stehen zu wenige Betreuungsplätze, gerade auch im U3-Bereich, zur Verfügung.

10 Der Rechtsanspruch muss umgesetzt werden. Damit helfen wir Eltern bei einer partnerschaftlichen Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Alleinerziehenden geben wir die Chance auf Entlastung und aktive Teilhabe am Erwerbsleben. Gleichzeitig wird die Kindertagesbetreuung als Ort frühkindlicher Bildung und zur Herstellung von Chancengerechtigkeit und Integration immer wichtiger.

15 Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs für die Betreuung auch unter 3-jähriger Kinder ist in Bremen ein erster wichtiger Schritt zum Ausbau der Kindertagesbetreuung gelungen. Stadtweit müssen nun bis 2020 zusätzlich zur Ausbauplanung 2014/15, die 32 neue Einrichtungen vorsah, rund 20 weitere Kindertagesstätten errichtet werden, um die politisch beschlossenen Betreuungsquoten von min. 50 Prozent im U3- und 98 Prozent im Ü3-Bereich in allen Stadt-

20 teilen zu realisieren. Die Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung in einem Ressort ist dabei eine wichtige Grundlage für einen ganzheitlichen Bildungsweg von Anfang an. Unterstützt wird dies derzeit durch die Zusammenarbeit aller öffentlichen und Freien Träger im Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung.

25 Noch ist die aufholende Entwicklung zur Erreichung einer Betreuungsquote von mindestens 50 Prozent in allen Stadtteilen, gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen, nicht überall gelungen. Die aktuelle Zuwanderung wird nicht nur insgesamt sondern auch gerade in diesen Stadtteilen, wo es noch bezahlbaren Wohnraum gibt, zu weiterem Betreuungsbedarf führen. Dazu kommen insgesamt steigende Bevölkerungszahlen, die einhergehen mit einer erfreulichen Erhöhung der Geburtenrate und Kinderzahl stadtweit. Zusätzlich steigen die Bedarfe zur

30 Erfüllung des Rechtsanspruchs gerade in den Stadtteilen, in denen die Betreuungsquote bereits hoch ist. Um unserem Anspruch nach gleichwertigen Bildungschancen und Stadtteilgerechtigkeit gerecht zu werden, fordert der Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt in Anknüpfung an unsere

35 bisherigen Forderungen einen weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Dies bedeutet im Einzelnen:

- Massiver Ausbau der Kinderbetreuung stadtweit vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerung- und Kinderzahlen um mehr als 50 Kindertagesstätten bis 2020
- 40 ▪ Dabei umgehend verstärkter Ausbau der Betreuungsquoten in sozial benachteiligten Stadtteilen im Sinne der aufholenden Entwicklung auf Grundlage einer stadtteilorientierten Standortentwicklung
- Die zur Absicherung des aktuell hohen Bedarfs erforderlichen Baumaßnahmen sind
- 45 sowohl durch die öffentliche Hand mit KiTa Bremen als Träger als auch durch Investoren im Rahmen der gesetzlichen Standards (bspw. Tariftreue, Vergaberecht) vorzunehmen.

- 50     ▪ Ausweitung der ganztägigen Betreuungsangebote, vor allem in den sozialen Stadtge-  
bieten und für alleinerziehende Eltern
- 50     ▪ Die erreichten Qualitätsstandards (Personalschlüssel, Raumangebot) sind insbesondere  
in den sozial benachteiligten Stadtteilen –auch bei kurzfristigen Maßnahmen zur Be-  
darfsabdeckung- zu erhalten
- 55     ▪ Verstärkte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Möglichkeiten für Quereinstie-  
ge schaffen und berufsbegleitende Ausbildung fördern
- 55     ▪ Noch im laufenden Kindergartenjahr und schwerpunktmäßig im Herbst 2016 müssen  
900 weitere Kita-Plätze durch kreative Zwischenlösungen (bspw. Nutzung von  
Horräumlichkeiten in Schulen) entstehen, um die zurzeit fehlenden Kapazitäten zu  
schaffen
- 60     ▪ Die Steuerung der Kinderbetreuung, insbesondere die Standortfestlegung nach Stadt-  
teilen und die Festlegung der Betreuungsstandards, muss in öffentlicher Verantwor-  
tung bleiben. Das derzeitige zu unflexible Finanzierungs- und Steuerungssystem zur  
KiTa-Planung muss jedoch verändert werden. Es soll dabei den neuen Anforderungen  
an gesellschaftlichen und demografischen Wandel, an Integration und Chancengerech-  
tigkeit in und zwischen den Stadtteilen gerecht werden.

65 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden  
unter Einbezug des Bündnisses für Integration, Bildung und Betreuung aufgefordert, bis zum  
Jahresende 2016 ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 Begrüßungsgeld auch für Azubis gewähren

Die SPD Bremen-Stadt spricht sich dafür aus, dass an neu in das Land Bremen ziehenden Studierende gewährte „Begrüßungsgeld“ von 150,00 Euro bei Anmeldung des Wohnsitzes im Land Bremen künftig auch an Auszubildende zu zahlen und bittet zu prüfen, ob eine Ausweitung auf SchülerInnen an weiterführenden Schulen sinnvoll ist.

Der Vorstand bittet die SPD-Bürgerschaftsfraktion,

- Die finanzwirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Begrüßungsgeldes auf Azubis zu prüfen,
- Zu prüfen bzw. durch den Senat prüfen zu lassen, welche quantitativen Erkenntnisse über die Ummeldung von nach Bremen ziehenden Studierenden und Auszubildenden vorliegen sowie welche weiteren Maßnahmen getroffen werden können, damit diese auch ihren offiziellen Wohnsitz in Bremen anmelden,
- Zu prüfen, ob das Begrüßungsgeld auch jungen Menschen, die nach Bremen umziehen um hier weiterführende Schulen zu besuchen, ausgeweitet werden kann.

Begründung:

Bremen ist als Ausbildungsstandort hoch attraktiv. Davon spricht die Studienplatzquote von 160 Prozent des Ländersolls sowie, dass mit rund 40 Prozent der Anteil aus Niedersachsen stammender junger Menschen an den Azubis sehr hoch ist. Gleichzeitig ist gerade unter zur Ausbildung nach Bremen ziehenden jungen Menschen die Zahl derer erhöht, die ihren Wohnsitz nicht oder erst verspätet offiziell in Bremen anmelden. Das schlägt sich für Bremen negativ nieder: Einerseits in der Einwohnerstatistik, in der sich das Wachstum der Stadt nicht in vollem Maß abbildet. Andererseits aber auch im Länderfinanzausgleich, über den Bremen für jede/n gewonnene/n Einwohner/in rund 4.900 Euro pro Jahr zusätzlich erhält. Also über 30x so viel jährlich wie das (einmalig gezahlte) Begrüßungsgeld beträgt.

Auswertungen zeigen, dass das Begrüßungsgeld erheblich dazu beiträgt, dass sich Studierende auch tatsächlich in Bremen anmelden und zudem einen spürbaren Beitrag zur für Bremen dringend benötigten Einnahmesteigerung leistet. Noch häufiger als Studierende kommen aber Azubis aus der unmittelbaren Umgebung Bremens. Sie sehen häufig wegen sehr regelmäßiger Besuche bei den Eltern keinen praktischen Grund, sich umzumelden. Das Begrüßungsgeld kann hier einen spürbaren Beitrag leisten.

Zudem ist die Ausweitung ein Beitrag zur Gerechtigkeit zwischen jungen Menschen, die sich für ein Studium einerseits oder eine Berufsausbildung andererseits entscheiden. Zusammen mit Maßnahmen der SPD zur Stärkung der Beschäftigungssituation, des sozialen Wohnungsbaus und des Eigenheimangebots leistet die Ausweitung des Begrüßungsgeldes einen Beitrag zu einer zusammen wachsenden Stadt.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 Bauarbeiten Habenhauser Brückenstraße

1. Die Baumaßnahmen Habenhauser Brückenstraße, die Baumaßnahme zur A281 und der Bau der „Gartenstadt Werdersee“ müssen aufeinander abgestimmt werden.
2. Ein Umbau der Habenhauser Brückenstraße muss VOR dem Baubeginn am Kreuzungspunkt Kattenturmer Heerstraße/Neuenlander Straße im Rahmen des Bauabschnitts 2/2 der A281 abgeschlossen sein.

Begründung:

Im Bericht der Verwaltung zur Deputationssitzung für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 9. Juni 2016 wurde berichtet, dass es keine Abhängigkeiten zwischen den Baumaßnahmen der A 281 im Abschnitt 2/2 und den Umbau der Habenhauser Brückenstraße geben wird.

Da die Habenhauser Brückenstraße, die Neuenlander Straße/A 281 und die Habenhauser Landstraße (Bau des Wohngebiets „Gartenstadt Werdersee“) die einzigen Verbindungen aus Obervieland in die umliegenden Stadtteile darstellen, geht der SPD Ortsverein Habenhausen/Arsten davon aus, dass sehr wohl erhebliche Verkehrsbeeinträchtigungen vorliegen werden, wenn die Baumaßnahmen nicht aufeinander Abgestimmt sind.

Bereits im März 2016 haben der Einzelhandel aus Habenhausen und die Handelskammer ihre Bedenken geäußert. Schon jetzt sei zu spüren, dass es zu erheblichen Verkehrsbelastungen auf der Habenhauser Brückenstraße kommt, wenn der Verkehr sich anderweitig staut und die umliegenden Orte die Habenhauser Brückenstraße als Zufahrtsweg in die Innenstadt nutzen.

Durch den Bau der Gartenstadt Werdersee (ca. 590 Wohneinheiten) an der Habenhauser Landstraße kommen weitere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer hinzu, die die Habenhauser Brückenstraße nutzen werden. Da bereits festgestellt wurde, dass es auf der Habenhauser Brückenstraße zu Behinderungen und Störungen, sowohl im Kfz-Verkehr als auch im Verlauf der BSAG-Linie 22, schon jetzt kommt, ist dies ein weiterer Grund, die Habenhauser Brückenstraße schnellstmöglich auszubauen. Zumal der vorhandene Straßenraum einen Umbau unter Verkehr und ohne größere Einschränkungen zulässt.

Alleine der Bau des Abschnitts 2/2 der A 281 stellt eine erhebliche Belastung der Bewohner des Stadtteils dar. Diese könnte erheblich reduziert werden, wenn der Umbau der Habenhauser Brückenstraße beendet ist, bevor am Kreuzungspunkt Kattenturmer Heerstraße/Neuenlander Straße der Bau der A281 BA 2/2 beginnt. Der Verkehr in die Innenstadt kann dann besser über die Habenhauser Brückenstraße abfließen.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 Offensive Stadtentwicklung und Wohnungspolitik: Schrottimmobilien entwickeln

Der UB-Parteitag Bremen-Stadt fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, dafür zu sorgen, dass:

- 10       ▪ Eine Bestandsaufnahme verwahrloster Immobilien in der Stadt Bremen vorgenommen wird, mit dem Ziel, ob und wie sich die Lage seit 2010 verschärft hat. Dies ist mit möglichen Gegensteuerungsmaßnahmen dem Parlament zu berichten (Fortschrittsbericht).
- 15       ▪ Geprüft wird, ob das Wohnungsaufsichtsgesetz um eine Meldepflicht von mehr als 6 Monaten leerstehender Immobilien ergänzt werden kann.
- 15       ▪ Mit den privaten Eigentümer/innen Lösungen für die Nutzung gesucht werden (Hilfestellungen, Verhandlungen sowie rechtlich mögliche Schritte bis zur Übernahme von Schrottimmobilien, um sie an Investoren „weiterzureichen“).
- 15       ▪ Leerstehende Immobilien in städtischen oder Landesbesitz, bei denen Verwahrlosung droht, kurzfristig entwickelt oder beseitigt werden.
- 15       ▪ Die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (soweit das bisher noch nicht geschehen ist).

20

Begründung:

Bremen braucht dringend (bezahlbaren) Wohnraum. Dazu hat der Senat ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt, das in den nächsten Jahren eine deutliche Entlastung bringt.

25       2010 hat der Senat auf eine Anfrage der Grünen umfangreich zu verwahrlosten Grundstücken (Schrottimmobilien) in Bremen geantwortet. Danach gab es in der Stadt Bremen 15 verwahrloste Immobilien. Der Senat ging danach (im Gegensatz zu strukturellen Problemen in Bremerhaven) von Einzelfällen aus.

30

In Bremen stehen inzwischen deutlich mehr Immobilien leer und/oder verwahrlosen, zum Teil in guter Lage. Bremen soll deshalb gegen nachlässige Eigentümer/innen vorgehen. Die Bremerhavener Politik hat die Aufgabe dagegen bereits sehr erfolgreich vorangetrieben.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 Teilhabe durch Arbeit – Bremen braucht den sozialen Arbeitsmarkt

Die SPD Bremen-Stadt begrüßt das Programm „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“. Es ist erfreulich, dass nach der An-  
kündigung von Bürgermeister Carsten Sieling seitens des Senats nun erstmals seit langer Zeit  
Landesmittel bereitgestellt werden, um struktureller Langzeitarbeitslosigkeit mit öffentlich  
geförderter Beschäftigung entgegenzuwirken.

Eine erfolgreiche Umsetzung des inzwischen von Senator Martin Günthner vorgestellten Pro-  
gramms ist für alle Beteiligten wichtig: In erster Linie für die Langzeitarbeitslosen, die durch die  
Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen, sinnstiftenden Beschäftigung die Möglichkeit  
bekommen, langfristig wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert zu werden, aber auch  
für den Senat, da Bremen hier eine bundesweite Pionierstellung einnimmt und zuletzt auch für  
die SPD, die das Projekt initiiert und forciert hat. Nachdem das Projekt nun erfolgreich gestartet  
ist, kommt es nun auf die künftige Gestaltung und Umsetzung an. Damit diese erfolgreich ist,  
bittet der Parteitag die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Bürgerschaft, sich für  
folgende Punkte einzusetzen:

- Das Programm soll „lernend“ sein. Punktuelle Nachsteuerungen aufgrund von Erfah-  
rungen und Evaluationen werden notwendig und müssen möglich sein.
- Die Verlässlichkeit muss für alle Beteiligten, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, ge-  
währleistet sein. Unbenommen nötiger Anpassungen soll das Programm daher nach  
zwei Jahren bis auf weiteres verstetigt werden.
- Das Programm richtet sich an Langzeitarbeitslose, die die Rechte und Pflichten eines  
Arbeitsvertrages voll erfüllen können und wollen. Es ist daher folgerichtig und für die  
SPD politisch unerlässlich, die TeilnehmerInnen in regulären, sozialversicherungspflich-  
tigen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Sozialrechtliche Arbeitsgelegenheiten (z.B.  
sog. ‚1€-Jobs‘) sind gleichwohl im Bereich der arbeitstherapeutischen Maßnahmen, d.h.  
für andere Zielgruppen und parallel zum Landesprogramm, wichtig.
- Um die TeilnehmerInnen bei Übergängen bis in den ersten Arbeitsmarkt passgenau zu  
fördern, bedarf das Landesprogramm einer Flankierung durch Qualifizierungsmaß-  
nahmen unabhängig vom SGB-II-Regelinstrumentarium. Hierzu zählen vor allem  
Sprachkurse, fachspezifische und modularisierte Qualifizierungen bis hin zur Möglich-  
keit, zertifizierte Teilqualifikationen zu erwerben.
- Es ist darauf zu achten, dass es sich bei den zu schaffenden Stellen um marktnahe Be-  
schäftigungsfelder handelt. Darüber hinaus sollen die Arbeitsplätze sinnstiftend und  
strukturorientiert sein.
- Sofern kein Übergang in den ersten Arbeitsmarkt möglich ist, soll künftig darauf hin-  
gewirkt werden, dass individuelle Förderketten gewährleisten, dass der oder Teilneh-  
merIn nach Beendigung des LAZLO-Programms weiterhin Beschäftigungs- und Maß-  
nahmemöglichkeiten hat.
- Im Falle eines Übergangs in den regulären Arbeitsmarkt bedarf es Flankierungs- und  
Begleitangebote, damit die Integration in Beschäftigung nachhaltig erfolgreich ist.

- 50
- Der soziale Arbeitsmarkt soll grundsätzlich überall genutzt werden können. Schwerpunkte sollen aber aufgrund einer Win-win-Situation die sozialen Stadtgebiete sein und der Einsatz in gemeinwesenorientierten Einrichtung.
  - Angesichts der Bedarfe am Bremer Arbeitsmarkt ist anzustreben, dass der soziale Arbeitsmarkt in langfristiger Perspektive neben der Funktion eines Übergangsarbeitsmarkts in den ersten Arbeitsmarkt auch die Funktion eines Ersatzarbeitsmarktes erfüllt. Dies betrifft diejenigen, die zwar in vollem Umfang arbeiten könnten, die jedoch auch bei passgenauen Fördertreppen nur eine geringe Aussicht auf eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration haben. Dafür wird es notwendig sein, die Zahl von bisher 500 Plätzen weiter anzuheben.
  - Vor diesem Hintergrund setzt sich die SPD im Bund dafür ein, dass dieser seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung nachkommt und finanzielle Mittel zur Etablierung eines sozialen Arbeitsmarkts zur Verfügung gestellt werden, der dauerhaft angelegt ist und der Größe der regionalen Problemlagen entspricht. Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die bei der Durchführung des Bremer Programms gemacht werden, haben Pioniercharakter und sollten bundesweit eingebracht werden.

65 Begründung:

Artikel 8 der Bremischen Landesverfassung sieht ein „Recht auf Arbeit“ vor. Dieses in zahlreichen Landesverfassungen zu findende Versprechen wird aber bereits seit Jahrzehnten nicht mehr eingelöst. Massenarbeitslosigkeit ist wieder zum Strukturphänomen eines neoliberal entfesselten Kapitalismus geworden. Im Besonderen finden Langzeitarbeitslose auch in konjunkturellen Hochphasen praktisch keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt mehr.

75 Diese Widersprüchlichkeit macht auch vor Bremen nicht halt: Der Wirtschaftsstandort Bremen wuchs zuletzt über den Bundesschnitt, das Bremer Pro-Kopf Einkommen steigt und die Zahl der Arbeitsplätze wächst weiter. Auf der anderen Seite stagnieren Armutsrisikoquote und Arbeitslosenrate auf hohem Niveau, letztere bei ungefähr 10%. Von den über 37.000 Arbeitslosen sind rund 44% langzeitarbeitslos. Sie haben statistisch kaum eine Chance auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt.

80 Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet dabei nicht nur materielle Armut, sie bedeutet auch Verlust von Tagesstruktur, sozialen Kontakten, Identität und Status durch sinnstiftende Tätigkeit. Dies wird vor allem in der Exklusion aus der Mehrheitsgesellschaft deutlich. Um dem entgegenzuwirken bedarf es einer sinnstiftenden und tagesstrukturierenden Beschäftigung. Es ist folgerichtig, dass hier das Land seiner Verantwortung nachkommt und Stellen dort schafft, wo keine sind, in den Einrichtungen und Stadtteilen aber oftmals dringend benötigt werden.

90 Dabei ist es sozialdemokratischer Sicht ausdrücklich unterstützenswert, dass es sich hierbei um sozialversicherungspflichtige, mit einer tarifvertraglichen Entlohnung in Unternehmen sowie Eigenbetrieben des Landes Bremens handelt. Damit dieses Programm jedoch zu dem gewünschten Erfolg wird, bedarf es weiterer Maßnahmen. So muss gewährleistet sein, dass das Programm nach zwei Jahren fortgeführt wird und damit auch langfristige Perspektiven eröffnet werden. Innerhalb der zwei Jahre sollte das Programm in Teilpunkten evaluiert und wo nötig flexibel nachgesteuert werden. Es hat sich gezeigt, dass die Instrumente des SGB II aufgrund ihres oft auf Kurzfristigkeit ausgelegten Charakters nicht unbedingt in der Lage sind, das

- 95 Programm angemessen zu flankieren. Daher braucht es darüber hinaus Maßnahmen: Unter anderem geht es hier um Sprachförderangebote und Angebote zum Erwerb von abschlussorientierten Teilqualifikationen. Die zu konzipierenden Maßnahmen sollten stets das langfristige Ziel haben, nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- 100 Im Vordergrund sollte bei diesem Programm die langfristige Perspektive stehen. Wo ein direkter Übergang in den regulären Arbeitsmarkt möglich ist, bedarf es zunächst einer Begleitung, um sicherzustellen, dass keine unvorhergesehenen Probleme entstehen. In den meisten Fällen wird jedoch ein direkter Übergang nicht gelingen. Hierfür sollten individuell ausgelegte Förderketten geschaffen werden, damit nach den zwei Jahren nicht die Rückkehr in die dauerhafte
- 105 Arbeitslosigkeit droht, sondern sukzessive Fortschritte erzielt werden.

Darüber hinaus muss sich der Bund seiner Verantwortung stellen und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit die Kommunen und Länder die Möglichkeit haben, einen hinreichenden sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose zu schaffen.